

# «Raus aus der Sanierungsphase, rein in die Gestaltung der Zukunft»

Mit der Angelobung Ende März durch Erbprinz Alois begann die zweite Amtszeit von Adrian Hasler als Regierungschef von Liechtenstein. Dominierten in seiner ersten Legislaturperiode noch der Rotstift und einschneidende Reformen, sind Adrian Hasler und seine Regierungskollegen in den kommenden Jahren nun als innovative, kreative Gestalter gefragt. **Interview: Herbert Oehri**

**Ihre ersten vier Jahre als Regierungschef standen unter dem Motto «ausgeglichener Staatshaushalt» und beinhalteten einige spürbare Reformen und Sparmassnahmen. Ist die Phase des Sparens nun endgültig abgeschlossen oder muss sich die Bevölkerung auf weitere Einschnitte einstellen?**

**Adrian Hasler:** Der Staatshaushalt ist saniert. Die Einnahmen und Ausgaben sind wieder im Lot, die Regierung plant daher keine weiteren Massnahmenpakete. Alle fünf Eckwerte der Finanzplanung sind eingehalten, die Landesrechnungen 2014 und 2015 haben mit einem Gewinn abgeschlossen, und auch die Landesrechnung 2016 sieht positiv aus. Somit ist für mich klar, dass es keinen Grund gibt, die Bevölkerung mit weiteren neuen Sparmassnahmen zu belasten. Sollte sich in den nächsten Jahren die Situation allerdings wieder ändern, – sprich die Eckwerte der Finanzplanung werden nicht mehr alle erfüllt – sind wir gemäss Gesetz verpflichtet, dem Landtag ein Massnahmenpaket vorzulegen. Doch danach sieht es im Moment nicht aus.

**Unter welcher Überschrift stehen Ihre kommenden vier Jahre als Regierungschef? Was werden Ihre Schwerpunkte sein?**

Die Überschrift lautet «Raus aus der Sanierungsphase, rein in die Gestaltung der Zukunft». Einer der Schwerpunkte, der auch im Koalitionsvertrag festgehalten ist, ist das Thema Digitalisierung – eines der wichtigsten Zukunftsthemen überhaupt. Dieses Thema wollen wir unter dem Namen «Digitale Agenda» weiter vorantreiben – und zwar gemeinsam über alle Ministerien hinweg. Darunter fallen konkrete Punkte wie ein flächendeckendes Breitbandnetz, der Ausbau des Mobilnetzes auf 5G sowie des E-Governments in der Verwaltung oder FinTech im Finanzbereich. Weitere Schwerpunkte der kommenden vier Jahre sind gesellschaftspolitische Themen wie Altenpflege, Wohnen und Leben im Alter, Ver-



Hat in den nächsten Jahren einiges vor: Regierungschef Adrian Hasler, hier im Interview mit der «lie:zeit».

einbarkeit von Familie und Beruf und natürlich ausserhäusliche Betreuung von Kindern.

**In den vergangenen Monaten prägte der Disput zwischen Ärztekammer und Gesundheitsministerium die Politik. Ist dieser Streit nun beigelegt oder erwarten Sie weitere Unstimmigkeiten?**

Zu allererst bin ich sehr froh, dass wir diesen Disput erfolgreich auflösen konnten. Der Volkswille wurde umgesetzt, per 1. Januar diesen Jahres wird mit Tarmed abgerechnet. Ob weitere Unstimmigkeiten auftreten werden, ist für mich schwierig zu beantworten. Die Regierung ist nicht an einem Konflikt interessiert, sondern an konstruktiven Lösungen.

Wie ich aus den Medien entnommen habe, ist auch die Ärztekammer daran interessiert, konstruktiv und sachlich mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Das begrüsse ich sehr. Damit ist die Grundlage vorhanden, dass wir in Zukunft im Gesundheitsbereich gute Lösungen für die grossen Herausforderungen finden werden.

**In der Diskussion rund um OKP-Verträge und Tarmed haben Sie sich als Schlichter eingebracht und einer Lösung zum Durchbruch verholfen. Werden Sie die Rolle des Schlichters erneut einnehmen, auch wenn das Thema nicht direkt Ihr Ministerium betrifft?**

Grundsätzlich gibt es ja eine Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der einzelnen Ministerien, das gilt für alle Bereiche. Ich sehe meine Rolle als Regierungschef darin, mich unterstützend einzubringen, wenn es notwendig ist. In der Diskussion um Tarmed habe ich mich sehr eng mit Mauro Pedrazzini abgesprochen – und es war auch gewünscht worden, dass ich mich aktiv einbringe und damit etwas Druck herausnehmen kann. So werde ich sicher auch in Zukunft handeln, falls der Bedarf gegeben ist.

**Ein Thema, das unbedingt einer klaren Führung bedarf, ist die Verkehrsproblematik: Trotz Protesten aus Liechtenstein sind die Planungen und Vorarbeiten zur Feldkircher Tunnelspinne in vollem Gange. Gibt es in der Regierung Überlegungen, sich für eine Verbindung der beiden Rheintalautobahnen auf Vorarlberger Grund einzusetzen und sich bei diesem Projekt auch finanziell zu beteiligen, um die drohende Verkehrslawine für das Unterland zu verhindern?**

Liechtenstein hat sich schon mehrfach dahingehend geäußert, dass wir eine solche Verbindung zwischen den Rheintalautobahnen begrüssen würden, weil wir davon ausgehen, dass dies zu einer gewissen Entlastung auf Liechtensteins Strassen führen könnte. Wir haben im Koalitionsvertrag auch festgehalten, dass sich Liechtenstein durchaus vorstellen kann, Projekte im Ausland zu unterstützen – sei dies ideell oder allenfalls sogar finanziell. Würde das Thema Autobahnverbindung tatsächlich spruchreif, könnte ich mir gut vorstellen, dass die liechtensteinische Regierung sich positiv dazu äussert und Unterstützung anbieten würde. Dies bedingt natürlich den Nachweis, dass unser Strassenetz tatsächlich spürbar entlastet wird.

**Welchen Stellenwert hat die vor Jahren noch als grosse Lösung gefeierte S-Bahn FL-A-CH? Bleibt sie auf dem Abstellgleis oder startet die neue Regierung einen neuen Anlauf, zumal ja die ÖBB-Konzession im Jahr 2017 ausläuft?**

S-Bahn und Konzession sind zwei unabhängige Themen. Es ist sicher wichtig, dass die Konzession mit den ÖBB weitergeführt wird. Hier laufen auch Gespräche mit Österreich. Aktueller Stand bei der S-Bahn ist, dass wir mit Österreich und der Schweiz im Gespräch sind. Österreich will sich bis anhin nicht an den ausverhandelten Kostenschlüssel halten. Gleichzeitig sind wir nach wie vor nicht bereit, höhere Kosten zu akzeptieren. In diesem Zusammenhang ist auch zu berücksichtigen, dass die Bevölkerung dem Projekt ja nicht nur positiv gegenübersteht. Sich mit diesem Thema zu beschäftigen und eine Weichenstellung vorzunehmen, wird Aufgabe des neuen Verkehrsministers sein.

**Ein weiteres Thema, das sich mittlerweile über mehrere Legislaturperioden hinzieht, ist die Entflechtung von Kirche und Staat. Wie ist hier der Stand der Dinge und wie sieht das weitere Vorgehen aus?**

Ich habe damals von meinem Vorgänger die Aufgabe übernommen, das Thema Entflechtung von Kirche und Staat einer Lösung zuzuführen. Wir kamen sehr weit, bei neun Gemeinden konnte eine Einigung mit der Kirche erzielt werden, und ich war auch zuversichtlich, dies mit den restlichen beiden Gemeinden zu schaffen. Das hat sich aber als sehr schwierig erwiesen – im Moment sehe ich keine Bereitschaft für eine gemeinsame Lösung. Eine Möglichkeit ist nun, vom Konkordat abzusehen und allenfalls eine rudimentäre, gesetzliche Lösung mit dem vorrangigen Ziel einer Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften vorzuschlagen. Nicht geregelt wäre dann aber die vermögensrechtliche Entflechtung auf der Gemeindeebene. Eine letzte Variante wäre natürlich auch die Beibehaltung des Status quo. Wir werden die Optionen unter Einbezug der Gemeinden und der Bevölkerung prüfen und diesen Gordischen Knoten hoffentlich bald lösen.

.....

«Wir haben sehr kurze Wege und es ist möglich, sehr rasch Entscheidungsträger an einen Tisch zu bekommen.»

Adrian Hasler, Regierungschef

.....

**Etwas ruhiger wurde es hingegen um den Finanzplatz. Die Banken schreiben wieder Gewinne wie vor der Finanzkrise, von den Treuhändern gibt es zumindest keine öffentliche Kritik am eingeschlagenen Weg. Läuft also alles bestens?**

Es läuft sehr gut, was die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Finanzplatzakteuren betrifft. Wir haben die vergangenen vier Jahre sehr viel Energie investiert, um das Vertrauen zu den Verbänden wiederherzustellen. So konnten wir die Strategie zur Steuerkonformität gemeinsam umsetzen. Das war natürlich kein einfacher, aber schlussendlich der einzig richtige Weg für die Zukunft des Finanzplatzes. Diesen Weg sind wir mit Überzeugung gegangen. Dennoch darf die aktuelle Situation nicht unterschätzt werden, wir stehen noch immer vor grossen Herausforderungen. Insbesondere im Regulierungsbereich sind wir aufgrund internationaler Standards und der Mitgliedschaft im EWR stark

gefordert. Es wird für die Finanzplatzakteure wie auch für die Behörden immer komplexer und aufwendiger, das Geschäft zu betreiben. Diese Anstrengungen sind aber notwendig, um den Marktzugang und die internationale Anerkennung unseres Finanzmarktes weiter zu gewährleisten. Für unseren Finanzplatz ergeben sich auf dieser Basis auch Chancen. Dies hat nicht zuletzt auch die Umfrage bei den Teilnehmern des diesjährigen Finance Forums Liechtenstein gezeigt.

**Nach der Unterzeichnung des Automatischen Informationsaustauschs (AIA) mit der EU müssen liechtensteinische Banken, Versicherungen, Stiftungen und Trusts 2017 das erste Mal eine Meldung betreffend das Jahr 2016 vornehmen. Wird der AIA zu einem Exodus ausländischer Kunden führen?**

Nein. Massgebend sind ja die Steuerdaten von 2016. Kunden, die dem AIA entgehen wollen, hätten ihre Beziehung zu Liechtenstein spätestens Ende 2015 auflösen müssen. Viele Kunden haben die Gelegenheit genutzt und ihre nicht deklarierten Vermögen offen gelegt. Natürlich haben in den vergangenen Jahren auch gewisse Abflüsse stattgefunden. Der Trend geht international ganz klar in Richtung Steuerkonformität und Transparenz. Vor diesem Hintergrund ist Liechtenstein nach wie vor ein sehr interessanter Standort im Herzen Europas, der mit Rechtssicherheit, Stabilität und einer klaren Ausrichtung an den internationalen Standards bei den Kunden punkten kann.

**Sie haben in den vergangenen Jahren immer wieder betont, dass Liechtenstein weit mehr sei, als «nur» ein Finanzplatz, und haben sich für Innovation und Start-ups stark gemacht. Werden Sie diesen Weg weitergehen?**

Auf jeden Fall. Es ist ein zentrales Thema in der Kommunikation nach aussen, dass Liechtenstein in seiner ganzen Breite wahrgenommen wird. Wir haben sehr erfolgreiche und innovative Unternehmen in den verschiedensten Branchen. Speziell beim Thema Innovation – gekoppelt mit der Digitalisierung – sehe ich Potenzial für unseren Standort. Dabei spielen auch unsere Standortvorteile eine grosse Rolle: Wir haben sehr kurze Wege und es ist möglich, sehr rasch Entscheidungsträger an einen Tisch zu bekommen. Wir haben eine sehr effiziente Verwaltung und gerade auch mit dem Regulierungslabor bei der FMA einen kompetenten Ansprechpartner im Bereich FinTech. Ich bin überzeugt davon, dass auch in Zukunft Innovation ein Schlüsselfaktor für erfolgreiche Unternehmen sein wird. Dies hat Liechtenstein in den vergangenen Jahrzehnten Wohlstand gebracht und lässt uns auf eine erfolgreiche Zukunft vertrauen.